

# **Entwicklungstendenzen der Sozialstruktur der BRD 1996 – 2019**

## **Teil I: Erwerbstätigkeit/Erwerbslosigkeit**

Die Sozial- und Klassenstruktur der Bundesrepublik hat sich in den letzten 25 Jahren stark verändert. Dafür sind sehr unterschiedliche ökonomische wie politische Faktoren verantwortlich. Die forcierte Internationalisierung und Finanzialisierung des Kapitalismus und der Aufstieg der Schwellenländer als Weltmarktkonkurrenten hatte schon seit den 1980er Jahren in Kernbereichen der Wirtschaft strukturelle Krisen offengelegt. Beschäftigungsstarke Branchen mit in Jahrzehnten gewachsenen und gewerkschaftlich z.T. hoch organisierten Abteilungen der Lohnabhängigen wurden drastisch dezimiert. Die aktuelle „Transformationskrise“ unter dem Druck von politisch vermittelter ökologischer Kapitalentwertung („Dekarbonisierung“) zwingt zu Branchenumstrukturierungen mit Auswirkungen für Millionen Menschen.<sup>1</sup> Verwissenschaftlichung und Digitalisierung der Produktivkräfte sind verbunden mit weitreichenden Veränderungen in Tätigkeits-, Qualifikations- und Arbeitsstrukturen.<sup>2</sup> Zwei Drittel aller Erwerbstätigen sind heute „Angestellte“; 1996 waren es noch weniger als die Hälfte. Inzwischen verfügen annähernd 30 Prozent der heute 25 bis 35jährigen Erwerbstätigen über eine Hoch- oder Fachhochschulbildung. Innergesellschaftliche Konkurrenz, soziale Polarisierung und Armut haben seit dem Ende der Systemkonkurrenz 1990 massiv zugenommen.<sup>3</sup> Die Auswirkungen all dieser Umbrüche auf die soziale Vergesellschaftung, auf Lebensweise, kulturelle, soziale und politische Orientierungen und Milieus sind unübersehbar.

Im ersten Teil unserer Übersicht zur Entwicklung der Sozialstruktur der Bundesrepublik gehen wir den Veränderungen von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit seit Mitte der 1990er Jahre nach. Eckpunkte sind die Jahre 1996, 2007 und 2019, die sich als Bezugspunkte für einen längerfristigen Vergleich aus zwei Gründen anbieten: 1996 hatte sich die Sozialstruktur in Ostdeutschland nach dem „Beitritt“ der DDR zur kapitalistischen Bundesrepublik den hiesigen Verhältnissen deutlich angeglichen; 2007 und 2019 markieren die Endpunkte der beiden letzten Krisenzyklen. Darüber hinaus liegen u.a. gerade für diese Jahre Zusatzerhebungen im Rahmen des Mikrozensus vor, die für eine Sozial- und Klassenstrukturanalyse genutzt werden können.

---

<sup>1</sup> Vgl. Lutz Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Berlin 2019; Klaus Dörre u.a., *Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität*, Frankfurt am Main 2020.

<sup>2</sup> Vgl. Z 103 (September 2015), *Digitale Arbeit; Das Argument* 335/2020, *Online-Kapitalismus. Umwälzungen in Produktions- und Lebensweise*.

<sup>3</sup> Vgl. Hartmut Kaelble, *Mehr Reichtum. Mehr Armut*, Frankfurt am Main 2017; Christoph Butterwegge, *Ungleichheit in der Klassengesellschaft*, 2. A., Köln 2021; Z 116 (Dezember 2018), *Neue Klassendiskussion*.

## 1 Zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1996 – 2019

Zwischen 1996 und 2019 ist die Zahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik von rd. 38 Mio. auf über 45 Mio. gestiegen (+19%). In der Dekade vor der Krise 2008/2009 lag der Zuwachs bei rd. 2 Mio., danach bei rd. 5 Mio. Beschäftigten (Tab. 1).<sup>4</sup> Die Erwerbsquote<sup>5</sup> nahm deutlich zu, wobei der schwächere Zuwachs des Arbeitsvolumens (Erwerbstätigenstunden: +8% von 1996-2019) auf die Zunahme von Teilzeitarbeit hindeutet. Die Teilzeitquote bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg allein zwischen 2007 und 2019 von 19% (5,1 Mio. Beschäftigte) auf fast 29% (9,6 Mio.).<sup>6</sup> Ebenso ist der vor der Krise mit ca. 6,1 Mio. hohe Anteil der sog. „marginal Beschäftigten“ (Minijobs u.ä.) im folgenden Jahrzehnt nur geringfügig zurückgegangen – die starke Ausweitung der Erwerbstätigkeit in der Wachstumsperiode nach der Krise 2008/2009 hat den Sektor der prekären Beschäftigungsverhältnisse also kaum abschmelzen lassen (vgl. auch Tab. 7).

**Tab. 1: Erwerbstätige 1996, 2007 und 2019 (in Tsd. und Prozent)**

	1996	2007	2019
Erwerbstätige	37.978	40.206	45.123
Erwerbslose	3.471	3.473	1.374
Marginal Beschäftigte	k.A.	6.067	5.201
Geleistete Arbeitsstunden (Erwerbstätige)	57.723	58.559	62.596
Erwerbsquote (%)	50,9	53,9	56,0
Erwerbslosenquote (%)	8,4	8,0	3,0
Lohnquote (bereinigt) (%)	71,4	65,9	72,0

Stat. BA, FS 18, R. 1.4 (2019), Tab. 3.1.2

Der Beschäftigungsaufbau konzentrierte sich im Wesentlichen auf Westdeutschland (+22,5%). Ostdeutschland war – Folge des „Beitritts“ der DDR zur kapitalistischen Bundesrepublik mit ihrer produktiveren Industrie, die primär am ostdeutschen Absatzmarkt interessiert war – schon vor 1996 massiv deindustrialisiert worden und erlebte bis 2005 weiteren Beschäftigungsabbau (von 7,7 auf 7,2 Mio. Personen); erst danach stieg die Erwerbstätigenzahl wieder langsam auf 8,1 Mio. 2019 an (per saldo +4,2%).

Der – ost-west-gespaltene – Gesamttrend korreliert mit der Entwicklung des BIP. Dem scharfen Krisen-Einbruch 2009 (-5,7%) folgten zehn Jahre eines konjunkturellen Aufschwungs mit (wenn auch schwachen und gegenüber den vorhergehenden Dekaden rückläufigen) Zuwachs-Raten zwischen 0,4 und 4,2% (preisbereinigt). 2019 deutete sich das Ende des Zyklus mit einem nur noch geringen Wachstum von 0,6% an. 2020 ging das BIP (massiv verstärkt durch die Pandemie) um 4,9% zurück.

<sup>4</sup> Wir stützen uns im Folgenden in erster Linie auf die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Vgl. Stat. BA, FS 18, R. 1.4 (2019), und: Statistik der Bundesagentur für Arbeit [= BA], Berichte: Analyse Arbeitsmarkt, Zeitreihen – Deutschland (Jahreszahlen) 2020, Nürnberg 2021.

<sup>5</sup> Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige u. Erwerbslose) an den Personen im erwerbsfähigen Alter.

<sup>6</sup> BA, Tab. 4.2.

Der hohe Arbeitskräftebedarf der Unternehmen wurde in den letzten fünfzehn Jahren aus verschiedenen Quellen gedeckt.

Er führte *erstens* zu einem Abschmelzen der ausgewiesenen Arbeitslosigkeit („industrielle Reservearmee“), die sich von im Maximum 4,9 Mio. (2005) auf 2,3 Mio. 2019 reduzierte (danach erneut krisenbedingter Anstieg). Die Erwerbslosenquote ging deutlich zurück (Tab. 1). Die Zahl der statistisch ausgewiesenen Langzeitarbeitslosen verminderte sich von 1,8 Mio. 2005 auf 0,7 Mio. 2019, also um mehr als die Hälfte. Die Arbeitslosigkeit ging stärker bei der Nationalität nach deutschen Erwerbstätigen zurück, während der Ausländer-Anteil an den Arbeitslosen in der gleichen Periode von knapp 14 auf über 28% anstieg.<sup>7</sup>

*Zweitens* nahm die Frauenerwerbstätigkeit weiter zu – Fortsetzung eines langfristigen Trends.<sup>8</sup> Die Erwerbsquote der Frauen stieg von knapp 67% (2005) auf annähernd 75% (2019; Männer: 80,4 bzw. 83,5%).<sup>9</sup>

*Drittens* ist die Ausländerbeschäftigung seit der Krise 2008/2009 absolut und relativ stark gewachsen: Zwischen 2005 und 2019 erhöhte sie sich bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 1,7 auf 4,2 Mio., was etwa einer Verdoppelung ihres Beschäftigtenanteils entspricht.<sup>10</sup>

*Viertens* werden die Arbeitskräfte – rentenpolitisch gesteuert – länger im Arbeitsprozess gehalten. Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich der Anteil der über 55-Jährigen von 11% 2005 auf 21% 2019 fast verdoppelt.<sup>11</sup>

Schließlich ist zu erwähnen, dass der Beschäftigungszuwachs in Westdeutschland in starkem Maße auch mit Abzug von Arbeitskräften aus Ostdeutschland verbunden war. Zwischen 1996 und 2019 nahm das Erwerbspersonenpotential in Ostdeutschland parallel zum Bevölkerungsrückgang um 1,5 Mio. Personen ab, in Westdeutschland stieg es um 4,1 Mio. Diese Abwanderung hat auch dazu geführt, dass sich die Ost-West-Differenz bei den Arbeitslosenquoten vermindert hat (vgl. Tab. 5).

Erwerbstätigkeit und Nichterwerbstätigkeit sind in der Wirklichkeit keine fest gegeneinander abgeschlossenen Sphären der Alltagswelt. Im Laufe eines Jahres wechseln, je nach konjunktureller Konstellation, hunderttausende bis Millionen Menschen aus Nichterwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in einen Job – und umgekehrt. Dabei ist die Konkurrenz um den Arbeitsplatz ein Grundgesetz des Kapi-

<sup>7</sup> BA, Tab. 7.2.

<sup>8</sup> Vgl. Z 110 (Juni 2017), Feminisierung der Lohnarbeit.

<sup>9</sup> Da Frauen überdurchschnittlich stark in Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, war ihr Anteil am Arbeitszeitvolumen 2019 mit etwa 40% deutlich niedriger als ihr Erwerbstätigenanteil (rd. 48%). Dabei liegt die Frauenerwerbstätigkeit in Ostdeutschland nach wie vor wesentlich höher als in Westdeutschland, Nachwirkung der gesellschaftlichen Förderung und Akzeptanz von Vollzeiterwerbstätigkeit von Frauen in der DDR. Vgl. Susanne Wanger, Entwicklung von Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen nach Geschlecht. Ergebnisse der IAB-Arbeitszeitrechnung nach Alter und Geschlecht (AZR AG) für die Jahre 1991-2019, IAB-Forschungsbericht 16/2020, S. 25ff.

<sup>10</sup> BA, Tab. 4.2.

<sup>11</sup> BA, Tab. 4.2.

talismus. Diese Konkurrenz wird in Phasen expandierender Beschäftigung abgemildert, wie umgekehrt in Krisenperioden Konkurrenz- und Spaltungslinien innerhalb der Lohnabhängigen stärker hervortreten können (Beschäftigte-Arbeitslose; Männer-Frauen; Deutsche-Ausländer; West- und Ostdeutsche, Junge-Alte, Stamm- und Randbelegschaften), die lohn- und arbeitszeitpolitisch seitens des Kapitals funktionalisiert werden und auch politisch belangvoll sind bzw. ausgebeutet werden können.

## 2 Die Erwerbstätigen in der Wirtschafts- und Branchenstruktur 1996 – 2019

Tabelle 2 gibt für die Eckjahre 1996, 2007 und 2019 einige Grunddaten zur Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Gliederung der Erwerbstätigkeit unter Gesichtspunkten der Wirtschafts- und Branchenstruktur, wie sie der amtlichen Statistik entnommen werden können.<sup>12</sup> Hier zeigt sich der für die entwickelten kapitalistischen Länder charakteristische Grundtrend – relativer und absoluter Rückgang der Beschäftigung im Bereich der materiellen Produktion bei gleichzeitiger Ausweitung der dieser Sphäre der Wertschöpfung aufsitzenden Sektoren der Waren- und Geldzirkulation, der privaten Dienstleistungen, der gesellschaftlichen Konsumtion und Reproduktion und des Sektors der öffentlichen Verwaltung, Organisationen und Herrschaftsapparate (zusammen „Staat und Verbände“), die allesamt statistisch unter „Dienstleistungsbereiche“ gefasst werden.

### Materielle Produktion

Die absoluten Zahlen in Tabelle 2 zeigen zum einen den anhaltenden Grundtrend des quantitativen Bedeutungsverlusts der Beschäftigung in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei. Der kontinuierliche Rückgang der Erwerbstätigenzahlen in diesen Sektoren hängt bei stagnierender Bruttowertschöpfung und Billigimporten von Nahrungsmitteln mit dem ausgeprägten Konzentrations- und Rationalisierungsprozess (Maschineneinsatz) insbesondere in der Agrarwirtschaft zusammen.

Zum Zweiten zeigt sich, dass im „Produzierenden Gewerbe“ – darunter das „Verarbeitende Gewerbe“ als Kernbereich der materiellen Produktion/Industrie – in den 1990er und 2000er Jahren vor 2007 die Erwerbstätigenzahlen weiter zurückgegangen sind. Das „Produzierende Gewerbe“ verlor in dieser Periode 1,7 Mio. Beschäftigte – in erster Linie im Baugewerbe (fast 0,9 Mio. Beschäftigte) und im „Verarbeitenden Gewerbe“ (0,6 Mio.). Der Beschäftigungsabbau in anderen Bereichen wie dem bereits seit Ende der 1950er Jahre kontinuierlich dezimierten Bergbau (-79 Tsd.) war zwar von den absoluten Zahlen her vergleichsweise ge-

<sup>12</sup> Gliederung entsprechend WZ2008. Vgl. dazu: Stat. BA, Klassifikation der Wirtschaftszweige. Mit Erläuterungen, Wiesbaden 2008. Dieser Klassifikation kann im Einzelnen entnommen werden, welche Tätigkeitsbereiche unter die verschiedenen Wirtschaftszweige subsumiert werden. Dabei ist zu beachten, dass in dieser Klassifikation unterschiedliche Eigentumsformen nicht systematisch getrennt werden (z.B. privater und öffentlicher Bereich im Gesundheitswesen), was die Abgrenzung sozialökonomischer Sektoren wie in Tab. 3 erschwert.

ring, bedeutete aber in der genannten Periode eine weitere Halbierung der Erwerbstätigenzahl dieser Branche. Der Erwerbstätigenanteil der Primärproduktion und des produzierenden Gewerbes, der 1996 noch bei einem Drittel (33,1%) gelegen hatte, machte 2019 nur noch ein gutes Viertel (25,4%) aus.

**Tab. 2: Erwerbstätige 1996, 2007 und 2019 nach Wirtschaftsbereichen (in Tsd. und Prozent aller Erwerbstätigen)**

	1996		2007		2019	
	Tsd.	%	Tsd.	%	Tsd.	%
Land- u. Forstw., Fischerei	809	2,1	663	1,6	599	1,3
Produzierendes Gewerbe	11.807	31,0	10.146	25,2	10.912	24,1
Darunter:						
Verarbeitendes Gewerbe	7.841	20,6	7.274	18,1	7.758	17,1
Dienstleistungsbereiche	25.441	66,8	29.463	73,2	33.758	74,6
darunter:						
Handel/Verkehr/Gastgewerbe	8.862	23,3	9.353	23,2	10.257	22,7
Information u. Kommunikation	946	2,5	1.190	3,0	1.375	3,0
Finanz- u. Vers.-Dienstleister	1.250	3,3	1.231	3,1	1.096	2,4
Grundstücks. u. Wohnungsw.	361	0,9	474	1,2	481	1,1
Unternehmensdienstleister	2.850	7,5	4.870	12,1	6.201	13,7
Öff. Dienstl., Erziehung, Gesundheit	8.711	22,9	9.413	23,4	11.313	25,0
Sonstige Dienstleister	2.461	6,5	2.932	7,3	3.035	6,7
Insgesamt	38.057	100,0	40.271	100,0	45.269	100,0

Zusammengestellt u. berechnet nach: Stat. BA, FS 18, R. 1.4 (2019), Tab. 3.2.13

Der Beschäftigtenrückgang im Verarbeitenden Gewerbe zwischen 1996 und 2007 betraf fast alle Branchen mit Ausnahme der Automobilindustrie und der Herstellung von EDV und elektronischen bzw. optischen Erzeugnissen (Zuwachs um 73 bzw. 48 Tsd. Erwerbstätige). Die seit der Krise 1974/75 konstatierte „Deindustrialisierung“ setzte sich damit insbesondere in den Branchen der „Leichtindustrie“ fort, die gegenüber der Importkonkurrenz an Bedeutung verloren (Textilindustrie, Herst. von Lederwaren, Schuhen etc.; Möbelindustrie, Herst. von Gummi-, Kunststoff-, Glaswaren, von Holzwaren, Papier- und Druckerzeugnissen u.ä.).<sup>13</sup> In anderen exportstarken Branchen mit (geringerem) Beschäftigungsabbau (Elektro- und Chemieindustrie, Maschinenbau) dürften Rationalisierungseffekte sowie Betriebsverlagerungen ins Ausland zur Einsparung von Lohnkosten und zwecks Nähe zu den Absatzmärkten ausschlaggebend gewesen sein.<sup>14</sup>

<sup>13</sup> In der alten BRD hatte der Wirtschaftsbereich „Herstellung von Textil, Bekleidung, Lederwaren und Schuhen“ zwischen 1970 und 1990 693 Tsd. Beschäftigte verloren, der Bereich „Metallerzeugung und -bearbeitung, Herst. von Metallerzeugnissen“ rd. 195 Tsd., die Nahrungsmittelindustrie 114 Tsd. Elektroindustrie und Fahrzeugbau expandierten dagegen (+258 Tsd. Beschäftigte). Per saldo verlor das verarbeitende Gewerbe in den zwanzig Jahren 910 Tsd. Beschäftigte. Im Bergbau gingen 123 Tsd. Arbeitsplätze verloren. Nach Stat. BA, FS 18, R. 1.4 (2019).

<sup>14</sup> Im Verarbeitenden Gewerbe nahm zwischen 1995 und 2012 die Inlandsbeschäftigung um 850 Tsd. ab, im Ausland dagegen um fast 1,4 Mio. zu. Bei den FE-intensiven und exportstarken Branchen Chemie/Pharma, Computer/Elektronik, Elektrotechnik, Maschinenbau und Fahrzeugbau stand ei-

Nach der Krise 2008/2009 nahm die Beschäftigung im produzierenden Gewerbe per saldo um fast 0,8 Mio. Beschäftigte wieder zu, darunter um 193 Tsd. im Bau- und 546 Tsd. im verarbeitenden Gewerbe. Branchen mit weitergehendem Beschäftigungsverlust – insbesondere „Herstellung von Textil, Bekleidung, Lederwaren und Schuhen“ (-47 Tsd.) und „Herstellung von Holzwaren, Papier und Druckerzeugnissen“ (-123 Tsd. Beschäftigte) – standen mehrheitlich solche mit Zuwachs gegenüber (Maschinenbau, Nahrungsmittelindustrie, Herst. von Gummi-, Kunststoff-, Glaswaren/Keramik, Metallwirtschaft u.a.). Trotz dieses absoluten Zuwachses ging zwischen 2007 und 2019 der Beschäftigtenanteil des Produzierenden Gewerbes an allen Erwerbstätigen weiter von 25,2 auf 24,1%, der des Verarbeitende Gewerbes von 18,1 auf 17,1% zurück – wenn auch nicht mehr so stark wie von 1996 bis 2007 (Tab. 2).

## Dienstleistungsbereich

Die – statistisch als Dienstleistungen zusammengefasste – Beschäftigung in den der materiellen Produktion vor- und nachgelagerten Sektoren der gesellschaftlichen Wirtschaft, in der Waren- und Geldzirkulation und Distribution, im Bereich der sozialen Reproduktion (gesellschaftlicher Konsum) sowie in den Institutionen des staatlichen Verwaltungs- und Herrschaftsapparates ist zwischen 1996 und 2019 insgesamt sehr stark expandiert, aber in unterschiedlichem Ausmaß und Tempo in den verschiedenen Einzelbereichen. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass im Dienstleistungsbereich Teilzeitarbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse besonders verbreitet sind und dass die Effektivität der Arbeit („Arbeitsproduktivität“) hier i.d.R. niedriger ist als im produzierenden Gewerbe<sup>15</sup> – beides Faktoren, die die Erwerbstätigenzahlen nach oben drücken. Der Gesamtsektor expandierte zwischen 1996 und 2007 um 4 Mio. Beschäftigte und noch einmal um 4,3 Mio. von 2007 bis 2019 (Zuwachs 1996-2019: 8,3 Mio. Beschäftigte). Der Erwerbstätigenanteil der Dienstleistungen stieg damit von knapp 67% (1996) über 73% 2007 auf fast drei Viertel (74,6%) 2019.

Schon ein cursorischer Überblick zeigt, wie unterschiedlich die Entwicklung in den einzelnen Sektoren der Dienstleistungen verlaufen ist:

(1) Im *Groß- und Einzelhandel* bewirkte die Unternehmens- und Betriebsflächenkonzentration zusammen mit unternehmensinterner Rationalisierung im Bestell-, Lagerhaltungs- und Abrechnungswesen auf EDV-Basis eine absolute

---

nem Beschäftigungsrückgang im Inland um 180 Tsd. ein Zuwachs im Ausland um 1,1 Mio. Beschäftigte gegenüber. Bei den FE- und exportschwächeren Branchen des Verarbeitenden Gewerbes lag die Relation dagegen bei 670 Tsd. (Personalabbau im Inland) zu 250 Tsd. (Beschäftigtenzuwachs im Ausland). Von den 4,9 Mio. Auslandsbeschäftigten der Gesamtwirtschaft entfielen 2011 47% auf das verarbeitende Gewerbe und 24% auf den Handel. Bei den 7 größten Industrieunternehmen stieg der Anteil der Auslandsbeschäftigung von 40% 1995 auf 58% 2013. Angaben nach: Heike Belitz, Die Internationalisierung der deutscher Industrieunternehmen, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, H. 1/2015, S. 103-120.

<sup>15</sup> Vgl. Alexander Schiersch (DIW), Frontiers und Laggards. Die Produktivitätsentwicklung deutscher Unternehmen, Gütersloh, Juni 2019.

Stagnation der Beschäftigung 1996-2007. In der Wachstumsperiode bis 2019 kamen nur etwas über hunderttausend Beschäftigte dazu; der Beschäftigtenanteil fiel von 13,2 (1996) auf 11,3% (2019). Nur im *Kfz-Handel* nahm die Beschäftigung leicht zu, so dass dessen Erwerbstätigenanteil konstant blieb (zusammen mit Kfz-Werkstätten).

(2) Die Beschäftigung im Bereich *Verkehr und Lagerei* (einschl. Bahn und Post) nahm vor der Krise nur schwach, in der folgenden Konjunkturphase aber deutlich zu (um insgesamt 470 Tsd. Erwerbstätige). Die in Staatseigentum befindliche, 1994 als Aktiengesellschaft konstituierte Dt. Bahn baute ihren Personalbestand bis 2007 radikal von 372 auf 237 Tsd. Beschäftigte ab (-36%; sog. „Bahnreform“ zwecks angestrebter Privatisierung); 2018 lag die Beschäftigtenzahl bei 319 Tsd.<sup>16</sup> Die Beschäftigung im Bereich von Post und Kurierdiensten blieb zwischen 1996 und 2007 fast konstant (415 bzw. 435 Tsd. Beschäftigte), stieg nach der Krise 2008/2009 bis 2018 aber auf mehr als eine halbe Mio. an, u.a. Folge der Expansion des netzbasierten Versandhandels (E-Commerce).

(3) Die Zahl der Erwerbstätigen im *Gastgewerbe* wuchs dagegen kontinuierlich von 1,3 Mio. 1996 über 1,6 Mio. 2007 auf 1,9 Mio. Beschäftigte 2019. Der Erwerbstätigenanteil nahm damit von 3,3 auf 4,2% zu.

Die unter 1 bis 3 genannten Bereiche werden in der Statistik zu „Handel, Verkehr, Gastgewerbe“ aggregiert. Dieser Sektor nahm in der Dekade vor der Krise 2008/2009 um eine halbe Mio. Erwerbspersonen zu, danach um rd. 900 Tsd.; sein Beschäftigtenanteil reduzierte sich jedoch von 23,3 auf 22,7% (Tab. 2).

(4) Der Beschäftigtenanteil des DL-Bereichs *„Information und Kommunikation“* steigt dagegen von 1996 bis 2007 von 2,5 auf 3% an und bleibt dann konstant. Dem entspricht ein absoluter Zuwachs von etwa 430 Tsd. Erwerbstätigen. Der dominierende Prozess ist hier die mit der Digitalisierung verbundene Zunahme von IT- und Informationsdienstleistern um jeweils etwa 300 Tsd. Erwerbstätige in den Dekaden vor und nach 2007. Andere Bereiche (Verlagswesen, Telekommunikation) verlieren demgegenüber an Beschäftigung.

(5) Der Sektor *Finanz- und Versicherungsdienstleistungen* ist absolut rückläufig.<sup>17</sup> Er verliert 154 Tsd. Beschäftigte zwischen 1996 und 2019, wobei dieser Abbau fast vollständig in die Periode 2007-2019 fällt. Bei Finanzdienstleistungen, also bei Banken und Sparkassen, hat der lang andauernde Konzentrationsprozess zusammen mit Filialschließungen, Kostensparprogrammen und internen Rationalisierungs- und Digitalisierungsmaßnahmen zu einem Personalabbau um rd. 190 Tsd. Beschäftigte (fast 25%) geführt; 2018 waren im Bankgewerbe noch rd. 600 Tsd. Angestellte beschäftigt. Im Versicherungsgewerbe gingen aus gleichen Gründen per saldo über 80 Tsd. Arbeitsplätze verloren (-35% auf 2018 noch 154 Tsd. Beschäftigte). Dem steht bei den zumeist freiberuflichen Finanz-

<sup>16</sup> Daten nach Dt. Bahn AG, Geschäftsberichte 1994, 2007, 2019.

<sup>17</sup> Zu Konzentration, Rationalisierung und Personalabbau im Banken- und Versicherungsgewerbe vor und nach der Finanzmarktkrise vgl. auch die Beiträge von Uwe Foullong und Hermannus Pfeiffer in Z 108 (Dezember 2016), S. 40ff und 49ff.

und Versicherungs-Dienstleistern ein Zuwachs um rd. 130 Tsd. Personen (+60%) gegenüber. Auch in dieser Branche also ein deutlicher Gegensatz von Abbau und Zuwachs in den einzelnen Beschäftigungssegmenten.

(6) Die Zahl der Erwerbstätigen im *Grundstücks- und Wohnungswesen* nahm zwischen 1996 und 2007 um rd. 110 Tsd. Beschäftigte zu, blieb danach in dieser Größenordnung (481 Tsd. Erwerbstätige 2019).

(7) Den mit Abstand höchsten Zuwachs unter allen privaten Dienstleistungsbereichen verzeichnen die sog. „*Unternehmensdienstleister*“: Von 2,9 Mio. Beschäftigten expandierte der Sektor bis 2007 auf 4,9, bis 2019 auf 6,2 Mio. Erwerbstätige (+3,4 Mio. oder +118%). 2019 waren das 13,7% aller Erwerbstätigen. Hierher gehören:

a) wissenschaftlich-technische Dienstleistungen, die in Landwirtschaft, Bau- und Verarbeitendem Gewerbe dem Produktionsprozess zuarbeiten, wie

- *Architektur- und Ingenieurbüros, technische Untersuchungen* (etwas mehr als Verdoppelung vom 349 auf 772 Tsd. Beschäftigte 1996-2019);

- *Forschung und Entwicklung* (nicht ganz Verdoppelung von 123 auf 226 Tsd. Beschäftigte);

- *freiberufl. wissenschaftliche und technische Dienstleister (a.n.g.) und Veterinärwesen* (mehr als Verdoppelung von 102 auf 243 Tsd. Beschäftigte 2019);

Entsprechende wissenschaftlich-technische Zuarbeiten leisteten 1996 574 Tsd. Erwerbstätige, 2019 1,241 Mio. (Zuwachs um 116%).

b) Die zweite Gruppe umfasst Unternehmensberatungen, die sich im Wesentlichen auf Profitrealisierung, Kostenvermeidung und -einsparung von Unternehmen beziehen. Es sind dies:

- *Werbung und Marktforschung* (Zuwachs von 149 auf 245 Tsd. Beschäftigte, +60%);

- *Rechts-, Steuer- und sonstige Unternehmensberatung* (Verdoppelung im Gesamtzeitraum von 700 Tsd. auf 1,4 Mio. Beschäftigte);

Solche Unternehmensdienstleistungen verrichteten 1996 856 Tsd. Personen, 2019 mit annähernd 1,7 Mio. etwa doppelt so viel.

c) *Sonstige Unternehmensdienstleister* umfassten 1996 1,4 Mio., 2019 3,2 Mio. Beschäftigte (mehr als Verdoppelung und relativer Anstieg von 3,7 auf 7% der Erwerbstätigen). Neben *Reisebüros* und *Vermietung beweglicher Sachen* (z.B. Arbeits- und Transportmittel für Unternehmen; Kfz-Vermietung etc.) werden hier die Arbeiter und Angestellten der Zeitarbeitsbranche aufgeführt (*Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften*). Nach Deregulierung im Rahmen der Agenda 2010 vervierfachte sich deren Zahl von 1996 (188 Tsd.) bis 2007 auf 749 Tsd. und stieg dann weiter auf 1 Mio. (2018). Leiharbeitskräfte werden bei konjunktureller Eintrübung als erste gefeuert; die Zeitarbeitsbranche zeigte daher schon ausgeprägte Einbrüche nach 2007 und 2018, im Vorfeld der beiden Krisen.<sup>18</sup> Dazu

<sup>18</sup> Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt – Entwicklungen der



kommt eine Restgruppe von weiteren 2 Mio. (2018) „Unternehmensdienstleistern“ der unterschiedlichsten, oft prekären Tätigkeitsbereiche (incl. Reinigungskräfte, Wach- und Sicherheits-, Hausmeister-, Schreibdienste, Call-Center usw.).

Die starke Expansion der „Unternehmensdienstleister“ ist zu beträchtlichen Teilen Folge und Ausdruck der Deregulierung der Arbeitsbeziehungen im Rahmen der Agenda 2010 und der „Flexibilisierung der Arbeit“. Sie kann als die Kehrseite der „Verschlankung“ von Betrieben durch Ausgliederung von Betriebsabteilungen und Tätigkeitsbereichen verstanden werden, die Arbeitskosten reduzieren und die Belegschaften besser den konjunkturellen Bedürfnissen anpassen soll.

(8) Unter der Rubrik *Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit* werden staatlich-administrative und Herrschaftsinstitutionen, das öffentliche und private Erziehungswesen sowie die Sozialversicherungen und das Gesundheits- und Sozialwesen zusammengefasst. Der Gesamtbereich der hier Beschäftigten wuchs von 8,7 Mio. 1996 über 9,4 Mio. 2007 (+700 Tsd.) auf 11,3 Mio. 2019 (+1,9 Mio. gegenüber 2007), also um insgesamt 2,6 Mio. Erwerbstätige; der Erwerbstätigenanteil stieg damit nur leicht von knapp 23 auf 25% (Tab. 2). Auch hier wieder unterschiedliche Trends in den einzelnen Bereichen:

- das Personal des Staatsapparats im engeren Sinne (*öffentliche Verwaltung, Militär/Polizei etc., Sozialversicherungen*) wurde zwischen 1996 und 2007 von 3,1 auf 2,7 Mio. Personen reduziert und blieb auf diesem Level bis 2019 (Rückgang des Erwerbstätigenanteils von 8,2 auf 5,9%);

- Zunahme dagegen bei *Erziehung/Unterricht* um 330 Tsd. (1996-2007) bzw. 416 Tsd. Beschäftigte (2007-2019). Mit 2,6 Mio. beschäftigte der Sektor 2019 5,7% der Erwerbstätigen insgesamt (etwa so viel wie der Staatsapparat im engeren Sinne).

- Die Beschäftigung im *Gesundheits- und Sozialwesen* nahm um insgesamt 2,3 Mio. Erwerbstätige zu: von 3,8 auf 4,5 Mio. bis 2007 und dann, deutlich stärker, auf 6,1 Mio. 2019. Ihr Erwerbstätigenanteil stieg damit von 9,9 auf 13,4%. Dabei war der Zuwachs im Sozialwesen (+1,2 Mio. Beschäftigte) insbesondere nach der Krise 2008/2009 wesentlich größer als im Gesundheitswesen (deutlich unter 1 Mio.). Der öffentliche und der in den letzten Jahren deutlich gewachsene private Sektor<sup>19</sup> werden hier nicht getrennt.

Der Zuwachs bei Erziehung/Unterricht und Gesundheit/Sozialwesen steht in engem Zusammenhang einerseits mit den steigenden Qualifikationsanforderungen (Verwissenschaftlichung der Produktivkraftentwicklung, Digitalisierung etc.) und andererseits mit dem bei Alterung der Gesellschaft, zunehmender Armut, Auflösung traditioneller Familienformen, steigender Erwerbstätigkeit von Frau-

---

Zeitarbeit, Nürnberg 2021. 2019 gab es knapp 50 Tsd. Verleihbetriebe. Leiharbeit ist produktionsnah: 2020 dominierten Produktionsberufe (37%) und „sonstige wirtschaftliche Dienstleistungsberufe“ (wie Transport- und Lagerarbeiten) mit 35%.

<sup>19</sup> Bei den Krankenhäusern wuchs die Beschäftigtenzahl der vier größten Privatklinikkonzerne von 2007 bis 2018 u.a. durch Übernahme öffentlicher Einrichtungen um 81%. Deren Beschäftigtenanteil an allen Krankenhausbeschäftigten lag 2018 bei 16%.

en und wachsender Nachfrage nach Kinderbetreuung zugleich steigenden Bedarf an öffentlichen Sozialeinrichtungen.

(9) Unter *Sonstige Dienstleister* werden sehr unterschiedliche soziale Gruppen zusammengefasst, die kulturelle und soziale Reproduktions- wie auch Herrschaftsfunktionen wahrnehmen (*Kunst, Unterhaltung, Erholung; Interessenvertretungen, religiöse Vereinigungen*) sowie *Persönliche wie Häusliche Dienste* verrichten. Die Gesamtgruppe bewegt sich zwischen 2,5 (1996) und 3 Mio. Beschäftigten (2019), ihr Erwerbstätigenanteil blieb weitgehend konstant (6,5 bzw. 6,7%). 2019 entfielen auf die einzelnen Gruppen jeweils etwa 0,7 Mio. Erwerbstätige, auf die häuslichen Dienste annähernd 0,9 Mio. Personen (+128 Tsd. Beschäftigte gegenüber 1996).

### 3 Rückblick auf die letzten fünfzig Jahre

Tabelle 3 gibt einen Rückblick auf die Verteilung der Erwerbstätigen auf die Hauptbereiche des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses in den letzten fünfzig Jahren – in der alten BRD und nach Angliederung der DDR. Es kommt hier weniger auf die nur begrenzt miteinander vergleichbaren absoluten Zahlen von 1970 und 1996/2019 an, sondern auf die Größenordnungen in den Verschiebungen der Proportionen der Beschäftigungssektoren.

**Tab. 3: Erwerbstätige 1970, 1996 und 2019 nach Bereichen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses (in Tsd. und Prozent aller Erwerbstätigen)**

	1970		1996		2019	
	Tsd.	%	Tsd.	%	Tsd.	%
1. Materielle Produktion	16.330	61,4	14.918	39,2	14.305	31,7
2. Waren- und Geldzirkulation	4.187	15,7	6.622	17,4	6.639	14,7
3. Private Dienstleistungen	2.307	8,7	7.168	18,8	12.216	27,0
4. Staat und Verbände	3.766	14,2	9.350	24,5	12.015	26,6
5. Erwerbstätige insg.	26.590	100,0	38.058	100,0	45.175	100,0

Eig. Ber. n. Stat. BA, FS 18, R. S. 29 (2006), Tab. 3.2.12; FS 18, R. 1.4 (2019), Tab. 3.2.13.

Unter *materieller Produktion* werden neben den in Tabelle 2 ausgewiesenen Bereichen der Primärproduktion (Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei; Bergbau) das Produzierende Gewerbe, die Energie- und Wasserversorgung und -entsorgung und das Baugewerbe sowie die in der Statistik als Dienstleistungen gefassten Bereiche Verkehr, Lagerei, Nachrichten (u.a. mit Bahn, Schifffahrt, Häfen, Post usw.) und Reparatur/Instandhaltung von Kfz und sonst. Gebrauchsgütern gefasst. *Waren- und Geldzirkulation* umfasst den Groß- und Einzelhandel (inkl. Kfz-Handel) sowie Finanz- und Versicherungsdienstleister.<sup>20</sup> In den Bereich der *privaten Dienst-*

<sup>20</sup> Im weiteren Sinne zur materiellen Produktion gehörige Tätigkeiten, die in der Statistik z.B. unter „freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister“ gefasst werden (Ingenieurbüros, F&E usw.) belassen wir hier ebenso wie die oft produktionsnahen Leiharbeitskräfte im Bereich der „privaten Dienstleistungen“, da nicht genügend quantitative Abgrenzungskriterien vorliegen. Diese Beschäftigten machen insgesamt rd. 5% aller Erwerbstätigen aus. Alexander Eickelpasch, *Industrienahe Dienstleistungen. Bedeutung und Entwicklungspotenziale*, Wiso-Diskurs, Bonn 2012,

leistungen fallen hier die meisten Dienstleistungsbereiche der Tabelle 2 (Gastgewerbe, Information u. Kommunikation, Grundstücks- und Wohnungswesen, Unternehmensdienstleister, „sonstige DL“ inkl. „Häusliche Dienste“ mit Ausnahme von „Interessenvertretungen, religiöse Gemeinschaften“ und „Reparaturen“). Zu *Staat und Verbände* gehören die Bereiche Öffentliche Verwaltung, Gebietskörperschaften, Militär/Polizei etc., Sozialversicherungen zusammen mit Organisationen und Verbänden („Interessenvertretungen, religiöse Vereinigungen“) sowie die meist öffentlichen Einrichtungen der gesellschaftlichen Konsumtion (Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen).

Wie die Tabelle 3 zeigt, konnte 1970, also vor 50 Jahren, für die damalige Bundesrepublik noch konstatiert werden, dass mit 61% (16,3 Mio. Arbeiter und Angestellte) der weitaus größte Teil aller Beschäftigten im Wirtschaftsbereich der *materiellen Produktion* arbeitete.<sup>21</sup> Ein Vierteljahrhundert später, 1996, waren es mit 14,9 Mio. Beschäftigten rd. 39% (-1,4 Mio.), 2019 – ein knappes weiteres Vierteljahrhundert später – nur noch knapp 32% der Erwerbstätigen (-600 Tsd. gegenüber 1996). Insgesamt hat sich der Beschäftigtenanteil dieses Kernbereichs der gesellschaftlichen Wirtschaft (Hauptsphäre der Profitproduktion) innerhalb von 50 Jahren halbiert. Die Relation von materieller Produktion im weiteren Sinne und den anderen Sphären der gesellschaftlichen Arbeit – 1970 geschätzt 60:40 – beträgt heute fast 30:70, hat sich also umgekehrt. Schon diese groben Angaben unterstreichen die radikale Veränderung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Sozialstruktur, die der kapitalistische Akkumulations- und Vergesellschaftungsprozess in den letzten Jahrzehnten bewirkt hat. Dahinter steht auch die mit der Verwissenschaftlichung und Rationalisierung der materiellen Produktion (unbeschadet der kontinuierlichen Verlangsamung des Produktivitätszuwachses) insgesamt stark gestiegene Produktivität der Arbeit, die wachsende Reichtumsproduktion bei abnehmender Erwerbstätigenzahl ermöglicht.

Die Sphäre der *Waren- und Geldzirkulation* hat ihren Beschäftigtenanteil zwischen 1970 und 1996 etwas steigern können, stagniert aber seit den 1990er Jahren und ging auf einen Anteil von unter 15% (2019) zurück. Demgegenüber ist der Bereich der *privaten Dienstleistungen* zwischen 1970 und 1996 enorm angestiegen – ihr Beschäftigtenanteil verdoppelte sich. Zwischen 1996 und 2019 wuchs dieser Sektor nochmal um 5 Mio. Erwerbstätige oder 70% auf über 12 Mio. Beschäftigte 2019 (fast so viel, wie im Bereich der materiellen Produktion). Den Hauptanteil (die Hälfte) stellen die sog. „Unternehmensdienstleister“, darunter 2018/2019 1,2 Mio. wissenschaftlich-technische Experten und rd. 1 Mio. Leiharbeitskräfte. Die Beschäftigung in den Institutionen des Sektors *Staat und Verbände* (also öffentliche Verwaltung, bürokratische, sozialpolitische und Machtappara-

---

S. 34, gibt auf Basis der Input-Output-Rechnungen des Stat. BA für 2007 an, dass 41% der Dienstleistungen Vorleistungen für die Produktion darstellten.

<sup>21</sup> Vgl. IMSF, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950-1970, Teil II: Sozialstatistische Analyse. Erster Halbband, Frankfurt/M. 1974, S. 75-80. Die Differenzen zur damaligen Schätzung für 1970 betragen für einzelne Sektoren zwischen 0,5 und 2,9%, sind also trotz veränderter stat. Grundlage (Revision der Systematik der Wirtschaftszweige, Datenrevisionen etc.) gering.

te des Staates, das im Wesentlichen öffentliche Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwesen, Personal der Organisationen und Verbände inkl. Kirchen) hat zwischen 1970 und 1996 mit einem Anstieg ihres Beschäftigtenanteils von 14 auf über 24% ebenfalls stark zugenommen. Bis 2019 ging die Beschäftigung im Staatsapparat im engeren Sinne dann wieder deutlich zurück („schlanker Staat“, Privatisierung), der Care-Bereich (Gesundheit, insbesondere Erziehung) expandierte dagegen nochmal um rd. 3 Mio. Erwerbstätige. 1970 war der öffentliche Care-Bereich (gesellschaftliche Konsumtion) kleiner als der bürokratische Verwaltungs- und Herrschaftsapparat des Staates (incl. Militär; Relation 2,5 zu 1,7 Mio. Beschäftigten); diese Relation hat sich seitdem umgekehrt (Relation 2019: 3,4 zu 8,6 Mio.). Der Gesamtanteil des Sektors lag 2019 bei knapp 27%, war also etwa so groß wie der Bereich private Dienstleistungen und nur wenig kleiner als die Sphäre der materiellen Produktion.

Die in dem Branchenstrukturwandel zum Ausdruck kommenden Umwälzungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zeigen sich auch im Rückgang der Arbeiterbeschäftigung und der weiteren Expansion von Angestelltentätigkeiten (Tab. 4).

**Tab. 4: Arbeiter, Angestellte und Beamte 1996 – 2019 (in Tsd. und Prozent aller Erwerbstätigen)**

Jahr	Arbeiter/Arbeiterinnen		Angestellte		Beamte/Beamtinnen	
	Tsd.	%	Tsd.	%	Tsd.	%
1996	12.957	36,1	16.752	46,5	2.461	6,8
2007	11.495	30,1	19.894	52,1	2.218	5,8
2019	8.750	20,8	27.499	65,4	2.054	4,9

Mikrozensus-Daten, Erwerbstätige. Arbeiter und Angestellte inkl. Auszubildende (eig. Ber. für 2019).

Während 1970 noch 47% der Erwerbstätigen als Arbeiter und Arbeiterinnen zählten, hatte sich ihr Anteil bis 1996 schon fast auf ein Drittel reduziert und bis 2019 auf annähernd ein Fünftel mehr als halbiert. Umgekehrt bei den Angestellten: 1970 stellten sie knapp 30% der Erwerbstätigen, um die Jahrtausendwende die Hälfte und 2019 zwei Drittel. Der Anteil der Beamtinnen und Beamten (1970: 5,5%) hat sich dagegen nicht wesentlich verändert und lag 2019 bei knapp 5%. (Die diesen Verschiebungen in den letzten beiden Jahrzehnten zugrunde liegenden, weitreichenden Veränderungen hinsichtlich der Tätigkeiten der Lohnabhängigen, ihrer Qualifikationen, Stellung in der gesellschaftlichen und betrieblichen Organisation der Arbeit usf. werden im zweiten Teil dieses Beitrags behandelt.)

#### 4 Erwerbslosigkeit und Prekarisierung

Der Rückgang der Erwerbslosigkeit („industrielle Reservearmee“) sowie die parallele Zunahme „atypischer“, den Flexibilitätsbedürfnissen des Kapitals angepasster prekärer Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse (vgl. Tab. 1, 5, 7) gehören zu den zentralen Trends der beobachteten Zeitspanne: Nachdem die offizielle Arbeitslosigkeit<sup>22</sup> Mitte der 2000er Jahre ihren Höchststand erreicht hatte, sank

<sup>22</sup> Zur statistischen Erfassung und Verschleierung von Arbeitslosigkeit vgl. Heinz-J. Bontrup, Verwir-

sie nahezu kontinuierlich und erreichte 2019 ihren tiefsten Stand, um seit Beginn der Coronapandemie 2020 wieder zu steigen. Die gestiegene Integration in den Arbeitsmarkt, nicht zuletzt Ausdruck des konjunkturellen Aufschwungs, beruhte jedoch auch in dieser Phase häufig auf „atypischen“ und prekären Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen.

Ihren offiziellen Höchststand erreicht die Erwerbslosigkeit 2005 mit einer Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) von 11,7% (4,8 Mio. Personen). Auch über die Krisenjahre ab 2008 sinkt sie, unterbrochen von einem zwischenzeitlichen Anstieg, auf 7,7% 2010 (3,2 Mio.), danach auf 6,4% 2015 (2,8 Mio.). Im Vor-Corona-Jahr 2019 lag die Arbeitslosenquote bei 5,0% (2,3 Mio.), für 2020 wird eine Quote von 5,9% (2,7 Mio.) verzeichnet. In Ostdeutschland sinkt die Erwerbslosigkeit dabei stärker als in den alten Bundesländern (vgl. Tab. 5). Die sogenannte Unterbeschäftigung, also die Zahl der Erwerbspersonen in Teilzeitjobs, geringfügiger Beschäftigung sowie in aktivierenden und unterstützenden Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, sinkt im beobachteten Zeitraum ebenfalls. Auch die Langzeiterwerbslosigkeit (ein Jahr Erwerbslosigkeit oder länger) sinkt, sie verbleibt aber dauerhaft bei einem Anteil an den Erwerbslosen von über 30%. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit sind vor allem das vergleichsweise hohe Alter der Betroffenen und fehlende Qualifikation ausschlaggebend für die scheinende Arbeitsmarktintegration. Hinzu kämen „vermittlungshemmende“ Faktoren wie Sorgearbeiten (etwa Kinderbetreuung) oder gesundheitliche Probleme.<sup>23</sup> Von gewerkschaftlicher Seite werden daher verstärkte Maßnahmen zur Qualifizierung und Weiterbildung von (Langzeit-)Erwerbslosen gefordert.

**Tab. 5: Erwerbslosigkeit 1996 – 2020 (in Tsd. und Prozent)**

Jahr	Erwerbslose (Tsd.)	Arbeitslosenquote (in % auf alle zivilen Erwerbspers.)			Langzeiterwerbslose (über 12 Monate)	
		Gesamt	Ost	West	(Tsd.)	(%)
1996	3.965	10,4	15,5	8,9		
2005	4.861	11,7	18,7	9,9		
2007	3.761	9,0	15,0	7,4	1.733	46,1
2010	3.239	7,7	12,0	6,6	1.140	35,2
2015	2.795	6,4	9,2	5,7	1.039	37,2
2019	2.267	5,0	6,4	4,7	727	32,1
2020	2.695	5,9	7,3	5,6	817	30,3

BA, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf: Entwicklung der Arbeitslosenquote, Nürnberg 2020.

Die Zunahme der Erwerbsbeteiligung und der Rückgang der offiziellen Erwerbslosigkeit relativiert sich jedoch durch einen Blick auf die Entwicklung des gesellschaftlichen Arbeitsvolumens und der geleisteten Arbeitsstunden pro Person sowie das anhaltend hohe Niveau „atypischer“ Beschäftigungsverhältnisse: Die Integration

<sup>23</sup> rung um Arbeitslosigkeit und ihre Statistik, in: Gesellschaft-Wirtschaft-Politik, H. 1/2021, S. 71-83.  
Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt, Juli 2021, Arbeitsmarktsituation von langzeitarbeitslosen Menschen, Nürnberg 2021.

in den Arbeitsmarkt beruht heute immer öfter auf unsicherer, nicht dauerhaft existenzsichernder Arbeit, die mit Unsicherheits- und Armutsrisiken verbunden ist.<sup>24</sup>

**Tab. 6: Erwerbstätige und geleistete Arbeitsstunden 1996 – 2020**

Jahr	Erwerbstätige (Tsd.)	Geleistete Arbeitsstunden	
		Arbeitsvolumen insges. (Mio. Stunden)	Stunden pro Person (Tsd.)
1996	38.057	57.723	1.454,1
2005	39.311	56.310	1.432,4
2007	40.272	58.559	1.454,1
2010	41.048	58.523	1.425,7
2015	43.122	60.412	1.401,0
2019	45.269	62.596	1.382,8
2020	44.818	59.632	1.330,5

Stat. BA, FS 18, R. 1.5 (2021), Tab. 1.13

Die steigende Zahl der Erwerbspersonen (1996-2019 +19%) trägt statistisch zu einem, allerdings schwächeren, Wachstum des gesellschaftlichen Arbeitsvolumens (geleistete Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen, 1996-2019 +7%) bei. Die geleisteten Arbeitsstunden pro erwerbstätiger Person sinken jedoch tendenziell (-8,5%; vgl. Tab. 6). Mehr Erwerbstätige leisten statistisch also insgesamt weniger Arbeitsstunden. Dieser Trend setzt sich seit rund drei Dekaden fort.<sup>25</sup>

Ein zentraler Grund dafür liegt in der Zunahme „atypischer“ Beschäftigungsverhältnisse (Tab. 7), in denen überdurchschnittlich oft Frauen und Migranten arbeiten<sup>26</sup> und die mit erhöhtem Prekaritätsrisiko verbunden sind. Teilzeitbeschäftigung macht dabei den größten Anteil unter den atypischen Beschäftigungsformen aus. Dabei stellen Frauen nach wie vor den Großteil der Teilzeitbeschäftigten, wie ein Vergleich der Teilzeitquoten der Geschlechter zeigt. Generell sind Frauen in der Teilzeitbeschäftigung überdurchschnittlich stark vertreten: „49 Prozent aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen arbeiten im Juni 2020 in Teilzeit, d. h. weniger als die tariflich oder vertraglich vereinbarte Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten beim jeweiligen Arbeitgeber. Bei den Männern sind es nur elf Prozent“.<sup>27</sup> Während die atypische Beschäftigung vor der Krise 2008/2009 deutlich zunahm, ist sie bei den „Kernerwerbstätigen“ (ohne Ältere über 64 Jahre) nach der Krise absolut und relativ bis 2019 zurückgegangen.

<sup>24</sup> Siehe den Beitrag von Christoph Butterwege in diesem Heft, S. 82-89.

<sup>25</sup> Vgl. DESTATIS, Datenreport 2021, Bonn 2021, S. 152: „Im Jahr 1991 leistete eine Erwerbstätige beziehungsweise ein Erwerbstätiger noch rund 1554 Arbeitsstunden je Jahr, während es 2019 nur noch 1386 Stunden waren. Dies entspricht einem Rückgang von 11%“.

<sup>26</sup> Vgl. Eric Seils/Helge Baumann, Trends und Verbreitung atypischer Beschäftigung. Eine Auswertung regionaler Daten. Policy Brief WSI, Nr. 34, Düsseldorf 2019, S. 4ff.; Susanne Wanger, Entwicklung von Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen nach Geschlecht, a.a.O.

<sup>27</sup> Bundesagentur für Arbeit, Die Arbeitsmarktsituation von Frauen und Männern 2020. Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt, Nürnberg 2020, S. 10.

**Tab. 7: Atypisch Beschäftigte („Kernerwerbstätige“<sup>41</sup>) 1996 – 2019 (in Tsd. und Prozent aller Erwerbstätigen)**

Jahr	Atypisch Beschäftigte					
	insgesamt		befristet	Teilzeit <sup>2</sup>	geringfügig	Leiharbeit <sup>3</sup>
	Tsd.	Erwerbstätigen-Anteil (%)	Tsd.	Tsd.	Tsd.	Tsd.
1996	4.986	13,0	1.897	3.188	1.098	178
2005	6.854	17,4	2.498	4.673	2.416	453
2007	7.785	19,3	2.752	4.946	2.766	731
2010	7.945	19,4	2.858	4.942	2.517	806
2015	7.534	17,5	2.531	4.844	2.339	990
2019	7.333	16,2	2.296	4.650	2.013	909

<sup>1</sup> Kernerwerbstätige: Erwerbstätige im Alter von 15-64 Jahren, nicht in Bildung, Ausbildung, Wehr-/Zivil- sowie Freiwilligendienst. Wegen Überschneidungen lassen sich die Angaben für die einzelnen Gruppen nicht aufsummieren. <sup>2</sup> Bis 20 Stunden/Woche; <sup>3</sup> Leiharbeits-Daten für 1996 und 2005 ergänzt nach BA. Quelle: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/atyp-kernerwerb-erwerbsform-zr.html>

Mit der Zunahme atypischer Beschäftigung geht auch eine Ausweitung des Niedriglohnssektors einher: Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung und des DIW zeigt, dass der Anteil der abhängig Beschäftigten (in Haupttätigkeit) im Niedriglohnssektor seit Mitte der 1990er Jahre von etwa 17% auf 23,8% im Jahr 2007 gestiegen ist und seitdem tendenziell auf diesem hohen Niveau stagniert; erst ab 2017 zeichnet sich ein leichter Rückgang auf 21,7% aller abhängig Beschäftigten ab.<sup>28</sup> Dieser Rückgang ist jedoch maßgeblich ein westdeutsches Phänomen – in den ostdeutschen Bundesländern sinkt der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten deutlich schwächer. Auch hier gilt: Frauen arbeiten überproportional häufiger zu Niedriglöhnen als Männer.<sup>29</sup> Für die Periode 1996 – 2007 zeigt sich bei allen Formen atypischer Beschäftigung ein deutlicher Anstieg. Dies hängt mit den Arbeitsmarktderegulationen der Agenda 2010 zusammen, also einer im klassischen Sinne staatsmonopolistischen Arbeitsmarktregulation zwecks Verbilligung und „Aktivierung“ der Lohnarbeitskraft zur Stärkung des „Standorts Deutschland“. Vergleicht man die Jahre 2007 und 2019, so zeigt sich, dass in der Wachstumsphase nach der Krise 2008/2009 die atypischen Beschäftigungsformen zwar partiell abgebaut werden (Tab. 7), sich aber auf hohem Niveau halten und keineswegs durch Normalarbeitsverhältnisse ersetzt werden. Das bestätigt zumindest für diese Phase die Diagnose einer „prekären Vollerwerbsgesellschaft“<sup>30</sup> mit einem beachtlichen Sockel an verfestigter Erwerbslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit (Tab. 5).

\*\*\*

Im zweiten Teil (Z 128, Dezember 2021) wenden wir uns der Entwicklung der sozialstatistischen Hauptgruppen (Selbstständige; abhängig Beschäftigte) zu.

<sup>28</sup> Markus Grabka/Konstantin Göbler, Der Niedriglohnssektor in Deutschland. Falle oder Sprungbrett für Beschäftigte? Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Gütersloh 2020.

<sup>29</sup> Ebd., S. 22f.

<sup>30</sup> Vgl. Klaus Dörre, Karin Scherschel (u.a.) (Hg.), Bewährungsproben für die Unterschicht. Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik, Frankfurt am Main 2013.